



---

## Veranstaltungsreihe 2011/12 der NHG Gruppe Bern

### Politische Parteien in der heutigen Gesellschaft: Welche Rolle spielen sie, wie werden sie finanziert und beeinflusst?

---

#### 1. Bundesratswahlen – vom Zauber einer neuen Formel

Die Parlamentswahlen in diesem Herbst haben eine Stärkung der Mitte und den Aufstieg neuer Parteien gebracht. Damit ist die Ausgangslage für die kommende Gesamterneuerung des Bundesrats vom 14. Dezember 2011 besonders spannend geworden. Werden sich mit den neuen Mitspielern neue Koalitionen bilden oder bleibt die Schweiz bei der alten Zauberformel?

#### Die Geschichte der Konkordanz und wieso die Zeit der Zauberformel vorbei ist

*Referat von Iwan Rickenbacher. Der ehemalige CVP Generalsekretär und heute vielseitig engagierte Kommunikations-Berater gibt einen historischen Rückblick auf die wechselnde Zusammensetzung des Bundesrates und geht den Einflüssen nach, die jeweils zu Veränderungen geführt haben. Er zieht daraus seine Schlüsse für die Wahlen vom kommenden Dezember:*

#### **Braucht es einen Konsens unter den Bundesratsparteien?**

Während vier Jahrzehnten (1936 – 1987) herrschte ein Gleichklang zwischen den grossen Parteien, was die Abstimmungen anging. So stimmten zwischen 1950 und 1980 rund 80% der Abstimmungsparolen der Bundesrats-Parteien überein! Erst ab 1987, im Hinblick den Beitritt zum EWR kam es zu grossen Verwerfungen. Die SVP kämpfte damals noch an der 10% Marke – ihr rasanter Aufstieg begann mit dieser Abstimmung. Der Aufstieg der Grünen war ein Ergebnis der Erölkrise, sie brachten Bewegung von links. Die zunehmenden Parteienkämpfe wirkten sich natürlich auf die Kohärenz im Bundesrat und auf die Abstimmungen im Parlament aus (z.B. Rechts-Links-Koalitionen). Der Ruf nach Wiederherstellung des Parteienkonsenses ist aber Nostalgie, wechselnde Formen der Zusammenarbeit können ebenso dienlich sein. Beängstigend hingegen ist der Vertrauensverlust in die politischen Institutionen: Nach einer Umfrage des gfs 2010 stehen das Bundesparlament und der Bundesrat nur im Mittelfeld einer Rangliste, während die Medien (Radio und Fernsehen) die Ränge 1 und 2 belegen! Die politischen Parteien rangieren auf dem zweitletzten Platz...

#### **Wie es zur Zauberformel kam**

Die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates (BR) wurde nie ohne Not verändert. Oppositionelle Strömungen wurden in der Schweiz stets in die Regierung eingebunden und so domestiziert. 1874 wurden mit der Revision der BV das Initiativ- und Referendumsrecht eingeführt. Die katholisch-konservative Opposition erhielt starke Werkzeuge. Als die Vorlage des BR zur Schaffung einer eidgenössischen Bahn zum zweiten Mal abgelehnt wurde, offerierte man **1891** der **CVP** einen Sitz im BR. Der Frischgewählte musste gleich das Verkehrsdepartement übernehmen und die nächste Vorlage vertreten – sie wurde vom Volk angenommen, und der Weg war frei für die SBB. **1919** folgte der zweite CVP Vertreter, **1929** wurde die erst zehnjährige Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei **BGB** mit einem BR-Sitz eingebunden, denn der aufmüpfige Bauernflügel und die Kleingewerbler, die diese Partei vereinigte, waren eine lebhaftige Opposition.

Weil während des 2. Weltkrieges ein starkes Bedürfnis nach nationalem Zusammenhalt bestand, kam die **SP** ab **1943** zu ihrem BR-Sitz. Bereits im Vorfeld des Krieges hatte sie als Vorbedingung dem Pazifismus abgeschworen und die Armee unterstützt. Nach einer „Protestpause“ des zweiten SP-Vertreters galt ab **1959 die Zauberformel: 2 FDP + 2 CVP + 2 SP + 1 SVP** - Vertreter bildeten bis 2003 die Regierung der Schweiz.

## Seit 2003 ist alles anders

Eine Instabilität im BR zeichnete sich seit der Jahrhundertwende ab. Mit der Abwahl von Frau Metzler 2003 und der Reduktion der CVP-Vertretung auf einen Sitz wurde sie sichtbar. Erstmals wurde die Koalition FDP/CVP in der Geschichte der Schweiz in die Minderheit versetzt. Die nächste Abwahl, diejenige von BR Blocher, sprengte auch die arithmetische Konkordanz. Seit 2006 stand zudem jedes Jahr eine Bundesratswahl an, was zusätzlich für Unruhe im Bundeshaus sorgte. Eine Folge ist die Initiative der SVP zur Volkswahl des BR. Ein Vorstoss zum gleichen Thema wurde bereits dreimal von je einer anderen Partei eingereicht und abgelehnt!

## Ausblick

Der Präsident der SP, Chr. Levrat, hat, von den Medien kaum realisiert, eine klare Vorgabe für die kommenden BR-Wahlen gemacht, der von keiner Partei widersprochen worden ist: „Wir wollen keine Bundesrätin, die im luftleeren Raum steht (wie das SVP-BR Schmid erlebt hat). Wenn die Mitte Kraft zeigt und Frau Widmer-Schlumpf klar unterstützt, ist das ok. Andernfalls muss sie mit ihrer Abwahl rechnen.“

Der zweite BR-Sitz für die SVP wird von der Mehrheit im Parlament nicht bestritten, sogar gewünscht. Die SVP hat das realisiert und sucht Konkordanz gewohnte Kandidaten. Mit BR Maurer hat sie ja bereits einen Hardliner in der Regierung.

Zitat Rickenbacher: „Die Wahl vom 14. Dezember ist noch offen, man kann das Ergebnis nicht voraussehen!“

## Die Trendwende

*Referat von Claude Longchamp. Der Leiter des Instituts gfs.bern, bekannt aus TV-Politsendungen und der Tagespresse, nimmt eine Analyse der Ergebnisse der Parlamentswahlen vor und entwickelt verschiedene Szenarien für die kommenden Bundesratswahlen:*

## Ergebnis der Nationalratswahlen 2011

Seit 1987 galten stets zwei Voraussetzungen für Wahlen ins schweizerische Parlament: Die SVP wird zulegen und die Polarisierung zunehmen. Diesen Herbst erfolgt die Trendwende! Die Mitte wurde gestärkt (CVP, GLP, BDP, EVP) und wuchs auf etwa 25%, neue kleine Parteien beleben das Zentrum. Die FDP hatte sich selber aus dieser Mitte verabschiedet und versuchte ohne Listenverbindungen Prozente zu gewinnen. Das ist ihr nicht gelungen, sie setzte ihren Abstieg fort. Die SVP verlor seit langem wieder einmal, der Trend zur Polarität nahm ab. Viele kleine Veränderungen weisen auf die veränderte politische Wetterlage hin. So war die **Volatilität** der Sitze im NR noch nie so gross (11,5% der Sitze wechselten), und die **Wechselwähler** sind zahlreicher geworden: Die neue BDP sammelte Stimmen von der SVP, der FDP und sogar von der SP. Die GLP wuchs dank Wechselwählenden aus der SP, wiederum der FDP und den Grünen. Vormalig Nicht-Wählende zog es vor allem zu den neuen Kleinparteien, während zahlreiche ehemals Bürgerliche zu Hause blieben.

## Was ist die vielzitierte Konkordanz?

Zitat Longchamp: „Es ist die **Reduktion der Machtpolitik** (...) durch Integration der relevanten Kräfte in Schaltstellen der Macht, die sachpolitisch in Zentralen über den Partialinteressen kooperieren und sich personell respektieren.“

Longchamp hält fest, dass Konkordanz nicht nur von der Regierungszusammensetzung abhängt, sondern von (sprach)kultureller Vielfalt, Föderalismus und direkter Demokratie. Die Regierungskonkordanz ist in den letzten 20 Jahren gerade auf Bundesebene schwächer geworden. Heute sind wir an einem Wendepunkt: Kommt es zum Austritt aus der Konkordanz, zu ihrer Neuauflage im traditionellen Sinn oder auf einer neuen Basis?

Die Meinung, was Konkordanz ist, tönt je nach Interessenlage anders. Welche Kriterien sollen gelten?

- Parteistärken in Prozenten
- Fraktionsstärken
- „Übergangsregierung“, bei Rücktritt E. Widmer- Schlumpf beibehalten i.S. von „Bisherige nicht abwählen“
- Neue Lagerbildung berücksichtigen
- Mehrheit für Ausstieg Kernenergie sichern

## Vier Szenarien für die kommende Bundesratswahl

SZENARIO	ZUSAMMENSETZUNG	VORTEILE	NACHTEILE	KONKORDANZ
<b>Status Quo</b>	2 SP, 2 FDP je 1 SVP, CVP, BDP	Machterhalt Umbau bei Rücktritt von EWS in verschiedene Richtungen möglich	SVP bleibt unterrepräsentiert ihre Opposition hält an Zentrum übervertreten	eingeschränkt
<b>Neue Zauberformel</b>	2 SVP, 2 SP, 2 FDP 1 CVP	Parteistärken plus/minus berücksichtigt, allerdings FDP übervertreten	Abwahl E. Widmer-Schlumpf Wahlsieger bleiben draussen Mehrheit für Wahlverlierer Rechtlastig	Ja, traditionell
<b>Neue Mitte</b>	2 SVP, 2 SP, 1 FDP 2 CVP/BDP	Neue Mitte gestärkt Parteistärken berücksichtigt Zentrumsfraktion neu definiert	Abwahl J. Schneider-Amman Systembruch aus FDP-Sicht Zentrum ohne Fraktions- Gemeinschaft instabil	Ja, erneuert
<b>Jeder gegen Jeden Rechtsrutsch</b>	2 SVP, 2 FDP je 1 SP, CVP, BDP		SP unterrepräsentiert Mehrheit für Wahlverlierer Opposition der Linken und der Romandie verstärkt	Nein

### **Das Anciennitätsprinzip ist nicht vorgeschrieben**

Die Reihenfolge in der Bestätigungswahl der BR ist nicht festgeschrieben, sie kann vom Parlament umgestossen werden: Dieses Jahr hätte die SP wohl das grösste Interesse, das Wahlprozedere zu ändern.

Der Historiker Urs Allematt bestätigt, dass das Anciennitätsprinzip bei den Bundesratswahlen zuletzt in den Dreissigerjahren umgangen worden sei. Damals sei die Situation ähnlich schwierig gewesen wie heute. Noch im 19. Jahrhundert war es gang und gäbe, den bisherigen Bundesräten beispielsweise einen Denkkettel zu verpassen, indem man sie nicht in der für sie vorgesehenen Wahl bestätigte, sondern erst an anderer Stelle. Populäre Bundesräte wurden damit zuerst wieder gewählt und andere, welche sich durch politische Fehler unbeliebt gemacht hatten, zuletzt.

## **2. Ist die Demokratie käuflich?**

Werbung hat Wirkung. Deshalb ist nicht von der Hand zu weisen, dass sich Bürger und Bürgerinnen durch professionell geplante und umgesetzte Kampagnen beeinflussen lassen. In einer direkten Demokratie lässt sich dies zur Durchsetzung von partikulären Interessen nutzen. Falls diese These stimmt: An welche Regeln sollten sich die Akteure halten? Braucht es überhaupt Regeln? Diesen und weiteren Fragen wird in den folgenden Referaten nachgegangen.

### **Mehr Transparenz in der Politikfinanzierung ist nötig**

*Oswald Sigg, Mit-Autor des Buches „Die käufliche Schweiz“, ehemaliger Sprecher des Bundesrates  
Das Referat wird, mit einigen Kürzungen, im Wortlaut wiedergegeben.*

#### **Demokratie im Milizsystem**

„Bis vor kurzem war der Bundesrat der Auffassung, die Finanzierung unserer Parteien über freiwillige und anonyme Spenden sei irgendwie Bestandteil des schweizerischen Verständnisses von Politik. Er hat es nicht so erklärt, aber man bekommt den Eindruck, die private Finanzierung von Parteien sei Bestandteil des schweizerischen Milizsystems. Mindestens auf dem Papier kennen wir noch immer das Milizparlament und unsere Armee ist eigentlich noch immer eine Bürgermiliz, besteht aus Milizsoldaten. Die Antipoden – Berufsarmee und Berufsparlament – das gibt es bei uns nicht. Und im Unterschied zur Armee und zum Parlament wird heute noch der wichtigste Teil der direkten Demokratie über Vereine sprich politische Parteien im so genannten Milizsystem organisiert und privat bzw. anonym finanziert.“

## **Parteien sind Scharnierinstanzen**

- Sie animieren die öffentliche Diskussion vor Sachabstimmungen und Wahlen
- stellen das politische Personal in den Exekutiven auf allen Stufen, von den Gemeinderäten bis zum Bundesrat
- beschicken die Parlamente und bilden dort die politischen Aktionsgruppen (Fraktionen).

Parteien sind die Trägerorganisationen oder die Plattformen der direkten Demokratie. Ihre Bedeutung ist grösser als in indirekten, parlamentarischen Demokratien. Sie üben mittelbar Macht aus, indem sie die Willensbildung des Souveräns beeinflussen, besonders, aber nicht nur, über die Medien. Die Einflussnahme geschieht über einen zum Marketing entwickelten politischen Kommunikationsapparat der Parteien, in welchem heute die Nutzung der politischen Rechte eine zentrale Rolle spielt. Mit anderen Worten: die Parteien usurpieren einen guten Teil dieser Rechte, wenn sie nationale Wahlen oder den Gebrauch der Volksinitiative – von der Lancierung bis zur Abstimmung – in veritable Propagandaschlachten ausarten lassen. „Lassen können“ müsste man präzisieren, denn lange nicht alle Parteien sind wirtschaftlich in der Lage, auf diesem Markt mitzuhaltend. Es gibt nur ganz wenige Parteien, oder eigentlich nur eine, die im Geld schwimmt. Wie alle andern auch, wirbt die reichste Partei, die SVP, im Internet für Spenden. Aber nur sie wartet mit einer besonderen Erklärung an den potenziellen Spender auf: „Parteispenden werden von der SVP absolut vertraulich behandelt. Namen und Adressen von Spendern werden nicht bekannt gegeben. Beachten Sie zudem die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Parteispenden an Ihrem Steuerdomizil.“

Diese, und andere Parteien auch, operieren mit dem Schutz der den Spendern zugesicherten Anonymität. Die Herkunft der Gelder ist ihnen egal. Was ist ein solch versteckter bzw. vertraulicher Zahlungsverkehr in der Politik anderes denn Korruption? Typisch schweizerisch – und einzigartig in Europa.

## **Die Frage, ob man mit Geld die Politik beeinflussen oder Abstimmungen kaufen kann, ist sekundär.**

Sie kann zunächst einfach mit der Gegenfrage beantwortet werden: warum wird denn immer mehr Geld ausgegeben für Wahlen und Abstimmungen, wenn solche Investitionen keinerlei Folgen haben sollen? Allein der Verdacht, wie die Rechtsgelehrte Martina Caroni festgestellt hat, dass Geld bei Abstimmungen eine gewisse Rolle spielen könnte, müsste genügen, um einschlägige Massnahmen zur Transparenz solcher Geldflüsse zu treffen. Denn dieser Verdacht fügt der Politik einen irreparablen Schaden zu: der Bürger, die Bürgerin verliert das Vertrauen in unsere politische Kultur. In den vergangenen nationalen Wahlen ist nicht einmal ganz die Hälfte der Wahlberechtigten zur Urne gegangen. Diese Wahlen haben aber auch ein erstaunliches Phänomen gezeigt: Erstmals nach 20 Jahren hat jene Partei mit dem absolut grössten Budget nicht gleich auch wieder den grössten Erfolg davon getragen. Ein ermutigendes Zeichen, dass jene, die überhaupt noch wählen gehen, sensibler geworden sind gegenüber millionenschweren Propagandawalzen.“

## **Der Einfluss der Verbände auf die Politik**

### **1. Die Strippenzieher**

*nach Informationen aus „Die Strippenzieher“ in der „Sonntagszeitung“ S. 15/17 vom 21.8.11*

Parlamentarier und Parlamentarierinnen sind (fast) immer Interessenvertreter. Sie sind Mitglied eines Berufsverbandes, einer Gewerkschaft, im Gewerbeverband oder Vertreter der Bauernlobby. Rund 130 Mitglieder des eidg. Parlamentes bilden die „Gruppe Handel und Industrie“. Das ist die Mehrheit der Räte! Peter Spuhler (SVP) ist Präsident der Gruppe. Neben Gerold Bühler (FDP), Präsident von Economie Suisse, sitzen im Leitungsgremium noch 13 Unternehmer aus allen bürgerlichen Fraktionen. Economie Suisse besorgt die Sekretariatsarbeit, lädt jede Session zum gemeinsamen Essen ein und versorgt die Mitglieder zu Beginn jeder Session mit einem über 50 Seiten dicken „Zirkular“, in dem aufgelistet ist, welche Meinungen „die Wirtschaft“ zu den kommenden Sessionsthemen hat. Diese Meinungen sind mit Sternchen nach „Dringlichkeit“ bewertet. Die Vorgaben an die National- und Ständeräte haben Gewicht. Eigentlich laufen sie dem Geist der Bundesverfassung zuwider. Diese verbietet nämlich „Instruktionen“ an die Räte... Doch die Interessenvertretung hat eine lange Geschichte: seit den Anfängen der Bundesstaates (1883) wirkte der „Handels- und Industrieverein“ mit dem „Vorort“ als Exekutive auf die Politik ein. Weitere Verbände (Gewerbeverband 1886, Arbeiter-Sekretariat 1887, Bauernverband 1897) nahmen ebenfalls Einfluss. Durch die Vernehmlassungsverfahren verlor das Parlament zusehends an Macht. Viele Weichen werden jetzt bereits vor den Verhandlungen der Räte gestellt.

## 2. Wer ist Economie Suisse und wie funktioniert Lobbying?

*Regine Ammann, Mitglied der Geschäftsleitung von Economie Suisse, Lobbyistin*

### **Economie Suisse (ES) ist ein Wirtschaftsverband**

der im Jahre 2000 entstanden ist aus der Fusion des „Vorortes“ mit der „Wirtschaftsförderung wf“. ES sieht sich als Bindeglied zwischen der Wirtschaft und der Politik. Es ist DER Dachverband der Schweizer Unternehmer und pflegt eine enge Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeberverband und dem Gewerbeverband. ES kooperiert zudem mit bürgerlichen Parteien und auch international, so mit „Businesseurope“ der EU. Der Verband ist national verankert in zwanzig „Kammern“ und vertritt 100 Branchenverbände mit 100'000 Unternehmen, die rund 2 Mio. Arbeitsplätze anbieten. Sämtliche Branchen von A wie Assekuranz bis Z wie Zement sind darin vertreten. Pro Jahr verfügt ES über ein Budget von 14 – 15 Mio. Franken.

### **Zielsetzungen**

- Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten und stärken
- Interessen der Wirtschaft bündeln und kohärent auftreten
- Themenführerschaft bei marktwirtschaftlichen Reformen übernehmen

### **Produkte**

- Newsletter und Informationsportal [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)
- Publikationen
- Dossier für Parlamentarier zu einzelnen aktuellen Sachfragen
- Individuelle fachliche Unterstützung inkl. Medientraining
- Sessionsvorschauen und –berichte
- Medienkonferenzen und Veranstaltungen
- Abstimmungskampagnen

### **Was heisst Lobbyieren?**

Lobbyisten haben einen schlechten Ruf. Während der Glaube vorherrscht, Politiker und Politikerinnen sollten sich für das Allgemeinwohl einsetzen, treten Lobbyisten offen für ihre Interessen ein. Zitat Ammann: **„Demokratie ist eine Abwägung von Interessen - Allgemeinwohl gegen Einzelinteressen“**. Lobbying ist aber keine Einbahnstrasse, es findet ein Geben und Nehmen statt. Nicht nur Economie Suisse, auch NGO's, Medien, ganze Regierungen und einzelne Bürger lobbyieren. Wichtig für ein sauberes Vorgehen wären Transparenz und Ehrlichkeit! Economie Suisse ist es wichtig, „zeit- und zielgerecht relevante Informationen als fachliche und politische Unterstützung“ zu leisten. Die Themenvielfalt, die die eidgenössischen Räte zu bewältigen haben, zwingt sie geradezu, auf vorbereitete Unterlagen und Zusammenfassungen zu greifen.

### **Beispiele gelungener Interessenvertretung von ES (nach „Sonntagszeitung“ vom 21.8.11)**

- Zur Unternehmens-Steuerreform II Gerold Bührer (Zitat): „Die ganz grossen Verdienner werden hier in keiner Art und Weise entlastet.“ Heute wissen wir, dass - nach der äusserst knappen Annahme der Vorlage - der Bund rund 10 Mia. Fr. weniger Steuereinnahmen zu verkräften hat.
- Zum Kampf gegen die „Abzockerinitiative“ in den Räten schrieb die NZZ „es ist ein offenes Geheimnis, dass der Wirtschaftsverband Economie Suisse und die Einflüsterer der börsenkotierten Hauptakteure mitgeholfen haben, diesen Wirrwarr anzurichten.“ Wir wissen es: nach drei Jahren liegt noch immer kein Gegenvorschlag vor.
- Sie kandidieren für den National- oder Ständerat? Economie Suisse bietet Ihnen einen umfangreichen Service an: „Faktenblätter“, kostenlose Recherchedienste und ein Medientraining. Gut 100 Kandidaten und Kandidatinnen haben sich vor den Wahlen in diesem Herbst schulen lassen.
- Mit dem via Internet angebotenen „Ecocheck“ kann ein Kandidat oder Mandatsträger online seine Wirtschaftsfreundlichkeit testen. Von über 60 bürgerlichen Politikern liegt bereits ein einsehbares Profil vor.

### **Zusammenfassung der Referentin**

- Ein „Politischer Markt“ muss weiterhin spielen, damit der Strukturwandel nicht behindert wird
- Internationale Anforderungen an die Transparenz stehen gegen das schweizerische Staats- und Demokratieverständnis
- Individualisierung ist heute die Herausforderung für die Demokratie
- Mehr Geld heisst nicht immer mehr politischer Erfolg
- Economie Suisse will keine Regulierung, wo sie nicht nötig ist. Motto: den Wirtschaftsstandort Schweiz fördern

### 3. Nimmt der Rechtspopulismus zu?

Hat der Rechtspopulismus wirklich zugenommen oder ist er nur sichtbarer und politisch salonfähig geworden? Sind schlechte wirtschaftliche Perspektiven, Globalisierung und Liberalisierung sein Nährboden? Bei Veranstaltungen rechtsextremer Bewegungen dominieren glatzköpfige junge Männer und bei SVP-Parteiversammlungen ältere Männer. Welche Rolle spielen die Frauen? Sind sie weniger anfällig für Rechtspopulismus?

#### **Strategien des Rechtspopulismus und seine Gefahren**

*Marcel A. Niggli ist Prof. für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Freiburg. Er war Leiter des Nationalfondsprojektes zum Thema Rechtspopulismus/Rechtsextremismus, des NFP 40+.*

#### **Das Nationalforschungsprogramm 40+ und seine Vorgeschichte**

Um den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung von Rassendiskriminierung von 1965 zu ermöglichen, wurde das Strafgesetzbuch 1995 um den Art. 261bis ergänzt. (siehe Fussnote) Diese Erweiterung ist vor allem im rechtskonservativen Lager umstritten, wo sie als zu einschneidende Beschränkung der Meinungsäußerungsfreiheit gilt. Mit zahlreichen parlamentarischen Vorstössen wurde versucht, den betr. Artikel wieder zu streichen, bisher ohne Erfolg. Als am 1. August 2000 Rechtsextreme die Rütlifeier „übernahmen“, wurde dem bereits laufenden Nationalforschungsprogramm 40 (über Erfolg von Strafnormen) ein Rucksack angehängt, nämlich die Aufgabe, Rechtspopulismus und –extremismus in der Schweiz zu untersuchen.

#### **Definition**

Rechtspopulismus und –extremismus überschneiden sich in ihren Kernbereichen:

Sie sind für Ausschluss, gegen etwas, gegen andere Gruppen und schaffen so Ungleichheiten. Die These, dass Rechtsextreme Verlierer der Gesellschaft, Leute ohne Zukunft seien, stimmt so nicht! Vielfach werden die konservativen Wertvorstellungen unverändert von einer Generation zur nächsten (auch innerhalb von Familien) weitergegeben.

---

#### **Art. 261<sup>bis</sup> Rassendiskriminierung**

Wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufruft, wer öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind, wer mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt, wer öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert oder aus einem dieser Gründe Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen sucht, wer eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion verweigert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft

---

#### **Rechtsextremismus in der Schweiz**

Aufgrund des Forschungsprojekts konnte für die Zeit von 1995 bis 2009 folgende Übersicht gewonnen werden:

<b>Verfahren</b>	In den 15 untersuchten Jahren wurden rund 500 Fälle aufgrund von Art. 261bis StGB angezeigt, bei 275 davon kam es zu einer rechtskräftigen Verurteilung
<b>Tätergruppen</b>	Explizit Rechtsextreme waren nicht dominant, nur zu 18% beteiligt, „andere“ Personen und Jugendliche zu 45%.
<b>Opfergruppen</b>	Die Juden sind in 25% aller Fälle Zielscheibe – trotzdem sie nur einen verschwindend kleinen Teil der Bevölkerung ausmachen! Ausländer, Menschen aus anderen Ethnien waren zu 40% Opfer rassistischer Taten.
<b>Tatmittel</b>	Die Täter vergingen sich überwiegend in Schrift und Wort (55%), zu Tätlichkeiten kam es sehr selten.

## **Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie**

- 18% der befragten 15jährigen befürworten, dass die Zuwanderer ihre Ehepartner in ihrer eigenen ethnischen Gruppe wählen sollen.
- 63% finden, dass Migranten ihren Lebensstil dem schweizerischen anpassen sollen
- 40% befürworten, dass Zuwanderer in ihr Heimatland zurück geschickt werden, wenn Arbeitsplätze knapp sind
- 33% wollen nicht, dass Migranten am politischen Leben teilnehmen
  
- 18% der Bevölkerung glauben, dass Juden in der Schweiz zuviel Einfluss haben
- 24% meinen, dass die Juden mitschuldig seien an ihrer Verfolgung im Dritten Reich
- 36% der Bevölkerung glauben, dass Muslime nicht das Recht haben sollen, in der Schweiz ihren eigenen religiösen Regeln folgend zu leben

## **Angriffe auf die Rechtsprechung**

„Populismus hat sich in unser Rechtssystem hineingefressen“ (Zitat Niggli).

Die gegenwärtige rechtspopulistische Politik der SVP greift öfters Gerichte und die Rechtsprechung an und verletzt so ganz klar die Gewaltentrennung. Die Devise „das Volk hat immer Recht“ stellt die Menschenrechte in Frage.

Als Beispiele hat der Referent einige parlamentarische Vorstösse aus dem Nationalrat zitiert:

- Parl. Initiative Geissbühler (SVP) ist für die Streichung des Straferlasses bei Schuldunfähigkeit und ebenso die Streichung der Möglichkeit, dass Gerichte oder Untersuchungsbehörden Gutachten anordnen können (50 Mitunterzeichner/innen!).
- Parl. Initiative Heer (SVP) will das Strafgesetzbuch durch einen Artikel ergänzen, der festhält, dass Gerichte die Strafen für Täter, die zur Zeit der Straftat Touristen oder ausländische Staatsangehörige ohne Aufenthaltsbewilligung waren, verschärfen müssen.
- Postulat Jositsch (SP) kritisiert, dass Gerichte den bestehenden Strafrahmen nicht ausschöpfen und fordert, dass sie vermehrt „das oberste Drittel“ der möglichen Strafe anwenden sollen. Niggli meint dazu, dass auch SP-Vertreter nicht vor Populismus gefeit seien...
- In der Vernehmlassung zur Harmonisierung des Strafrahmens schreibt der Bundesrat, dass die Gerichte einen zu grossen Ermessensspielraum hätten und dadurch die Rechtssicherheit gefährdet sei!

## **Ein prägnantes Schlusswort**

„Rechtspopulismus ist extrem gefährlich, weil er sich stets auf die Demokratie beruft, in Tat und Wahrheit aber ausschliesst und zweierlei Recht schaffen will. Populismus macht unsere Institutionen kaputt.“ (Zitat Niggli)

## **Die Merkmale des Populismus und sein Frauenbild**

*Rosmarie Zapfl war von 1995 bis 2006 CVP-Nationalrätin und Präsidentin des Frauendachverbandes alliance f. Sie hat sich national und international mit Genderfragen auseinandergesetzt und kämpft seit Jahrzehnten für die Besserstellung der Frauen.*

**Anmerkung:** Die Referentin verwendet durchwegs den Begriff „Populismus“, wobei inhaltlich und in ihren zahlreichen Beispielen stets „Rechtspopulismus“ gemeint ist.

### **1 Populisten haben einen Führer**

Der (männliche) charismatische Führer ist ein wichtiges Merkmal populistischer Parteien. Er sieht sich als Sprachrohr des „Volkes“, seine Meinung wird meistens nicht hinterfragt, sondern allseits respektiert. Und wenn nicht, werden Sanktionen ergriffen: Die SVP-Partei- und Gemeindepräsidentin einer grossen Zürcher Gemeinde weigerte sich, in ihrer Gemeinde für die Ausschaffungsinitiative die „Stiefelplakate“ auszuhängen. Zwei Wochen später war sie nicht mehr Parteipräsidentin und bei den nächsten Wahlen stand ihr Name nicht mehr auf der Liste. Wie aggressiv Abweichlerinnen aus den eigenen Reihen verfolgt werden, erlebt Bundesrätin Widmer-Schlumpf seit fünf Jahren!

Es geht populistischen Parteien auch darum, demokratische Institutionen zu schwächen. So wird die Gewaltentrennung in Frage gestellt (das Bundesgericht kritisiert, die Nationalbank angegriffen), ganz allgemein „gegen Bern“ politisiert. Die Menschenrechte werden weniger gewichtet als die „Meinung des Volkes“ (Verwaltungs- und Ausschaffungsinitiative).

## 2 Populisten brauchen Feindbilder

Zum Feindbild einer populistischen Partei eignen sich ethnische, kulturelle oder religiöse Minderheiten. Auch internationale Institutionen (UNO) oder Staatengruppen (EU) sind oft Ziele negativer Kampagnen. Fremdem wird grundsätzlich misstraut

Populismus beginnt da, wo keine sachlichen Argumente mehr ins Feld geführt werden, wo „auf die Person gespielt“ wird. Das Feindbild wird personifiziert, man braucht Schuldige.

Fremdenfeindlichkeit und nationalistisches Gebaren, die vor einigen Jahren noch in den Parteien am rechten Rand üblich waren, sind heute bis weit in die Mitte hinein an der Tagesordnung. Es waren die Wahlerfolge der SVP, welche in etlichen Kantonen Verantwortliche aus anderen Parteien dazu brachte, sich mit der Übernahme von populistischem Gedankengut zu positionieren. Sie haben damit mehrheitlich Verluste eingefahren.

## 3 Populisten fehlt es an Menschlichkeit

„Menschlichkeit zu definieren fällt nicht leicht in der heutigen Zeit, in einer Zeit, in der man das Gefühl hat, dass jeder und jede nur für sich selber schaut. Ich denke, Menschlichkeit basiert auf Toleranz, Mitgefühl, gegenseitigem Verantwortungsgefühl und Respekt, einer positiven Einstellung anderen Menschen gegenüber“ (Zitat Zapfl)

Die Ausländerfeindlichkeit populistischer Parteien wurde politisches Thema in den 60-er Jahren und richtete sich gegen die Italiener, heute sogar gegen Deutsche, die in der Schweiz arbeiten. Flüchtlinge, Asylbewerber stehen stets im Fokus der Populisten. Um ihre Ziele zu erreichen, setzen Populisten alle Möglichkeiten ein, sich bemerkbar zu machen: sei es mit Plakaten zu Abstimmungen und Wahlen, sei es über elektronischen Medien, Inserate und Leserbriefe, anonyme Briefe und Telefonanrufe. Es wird – wie die letzten Monate es zeigten – auch ungestraft gelogen.

## 4 Frauen im Populismus

### Frauen als Führerinnen

Noch heute schaffen es nur wenig Frauen, an die Spitze zu kommen: Frau Thatcher und Angela Merkel sind die grossen Ausnahmen. Fotos von wichtigen Gipfeltreffen zeigen die wahren Verhältnisse. In der Schweiz dagegen herrschte in den letzten Jahren ein Ausnahmestand: Neben vier Bundesrätinnen präsidierten Frauen die beiden eidgenössischen Räte! In populistischen Parteien finden wir kaum Frauen in wichtigen Gremien. Wenn sie sich für eigene Ansichten stark machen, bezahlen sie das mit Ausgrenzung (z.B. U.Haller, jetzt BDP, Thun oder B.Gadient in Graubünden).

### Frauen und Feindbilder

Frauen, die sich für Gleichberechtigung einsetzen, so genannte „Frauenrechtlerinnen“ oder „Emanzen“, sind beliebte Feindbilder in populistischen Parteien. Die eigenen Exponentinnen vertreten angepasste, konservative Gesellschaftsmodelle. Sie kämpfen gegen die gleichen Feindbilder wie die Männer. In der Abstimmung zur „Waffeninitiative“ zum Beispiel zeigte sich, wie sie das Thema Gewalt zugunsten der Freiheit des Einzelnen ausblendeten. Populistische Parteien, inklusive ihre Frauen, wehren sich gegen jede Gesetzesänderung zu Gunsten der Gleichstellung oder für die Sicherheit der Schwächeren.

Eigenartige Koalitionen ergaben sich in Diskussionen über die Minarettinitiative. Auf der einen Seite stand die Angst vor dem Fremden im Vordergrund, der Verlust der schweizerischen Eigenart. Andererseits lehnten linke Feministinnen Minarette ab, weil der Islam sich gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau stelle. Die Diskussion über ein Burkaverbot provozierte wieder gleiche Argumentationen. Alliance F diskutierte das Thema nicht nur unter dem Fokus des Islamismus und verlangte anstelle einer punktuellen Burkalösung ein allgemeines Verhüllungsverbot.

## Schlusswort

„Aufgrund der letzten Wahlen bin ich zuversichtlich, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in ihrer Mehrheit in Zukunft die anstehenden Probleme differenzierter betrachten, dass rechtspopulistische Parolen und Aussagen in Hetzmedien nicht mehr telquel übernommen werden, dass vor allem junge Menschen sich nicht mehr mit dem populistischen Gedankengut identifizieren.

Es geht darum, dass wir achtsam und wertschätzend miteinander umgehen, dass wir populistisches Gedankengut erkennen und benennen, dass gemeinsames Leben auf ethischen Werten und Grundsätzen gestaltet wird. Mit andern Worten: Es geht darum, dass sich alle, Frauen und Männer, Kinder und Jugendliche, alle Bürger und Bürgerinnen dieses Landes staunend, neugierig und skeptisch begegnen.“ (Zitat Zapfl)



## 4. Medienwelt im Umbruch – Auswirkungen auf die politischen Parteien

Das so genannte dritte Zeitalter der politischen Kommunikation ist angebrochen. Die politische Arena ist geprägt durch Medialisierung, Pluralisierung und Professionalisierung. Das hat Konsequenzen für unseren Umgang mit der Demokratie. Sie ist konfrontiert mit neuen Möglichkeiten, aber auch mit Gefährdungen.

Das folgende Referat beleuchtet die Entwicklung des Wechselspiels zwischen Medien und Politik.

### Medienwelt im Umbruch

*Referat von Peter Stücheli-Herlach, Professor für Organisationskommunikation und Öffentlichkeit am Institut für Angewandte Medienwissenschaft der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Stücheli ist auch als Kommunikationsberater tätig.*

#### Wodurch zeichnet sich der Umbruch aus?

Im „ersten Zeitalter“ politischer Kommunikation dominierten autoritäre politische Führungsfiguren, welche auf **stabile Medienkanäle und Milieus** zählen konnten. Beispielhaft dafür ist General Guisans Inszenierung des Rütli-Rapports im Juli 1940 oder der Slogan „Wer nicht schweigen kann, schadet der Heimat“. Der äussere Druck einte die Schweiz.

Im „zweiten Zeitalter“ politischer Kommunikation, dem **Fernseh-Zeitalter**, konnten sich pluralistische Führungsriege in stabilen Medienkanälen einem Massenpublikum präsentieren. Das Fernsehen erweitert die politische Reichweite, man kann Politik jetzt sehen! Das schafft Möglichkeiten, andere Ansichten kennen zu lernen, zwingt aber Journalisten zu eigenen Meinungen. Der Pluralismus wird sichtbar, man muss lernen, mit ihm umzugehen. Aus Bundesrat Ritschards Rede zum 25-Jahre-Jubiläum des Schweizer Fernsehens 1978: „Uns allen wünsche ich ein gutes Fernsehen und die nötige Toleranz, wenn es mal nicht so flimmern sollte, wie wir es wünschen.“

Im heutigen „dritten Zeitalter“ politischer Kommunikation sind konkurrierende Führungsteams einer **Medienhydra** ausgesetzt, welche um die begrenzte Aufmerksamkeit eines individuell-wählerischen Publikums buhlt. Diese Medienhydra versucht, uns jederzeit an jedem Ort zu schnappen. Konkurrierende Führungsriege füttern das Tier. Eine Beschleunigung, Brutalisierung und Professionalisierung der politischen Debatte ist die Folge davon. Die „Arena-Tauglichkeit“ der Politiker/innen ist entscheidend. Man schafft mit Medienberatern, lanciert Kampagnen. Den sogenannten „Lobbyisten“ verschafft das noch mehr Geltung. Das Tempo ist entscheidend, es muss sofort reagiert, zugeschlagen werden. Ein Zitat von Bundesrat Leuenberger: „Es ist die Zeit, in der es keine Fettnäpfchen mehr gibt, sondern nur noch Tretminen.“

„Durch diesen Umbruch sind sich Politik und Medien auf der einen Seite näher gekommen, was im Sinne der Demokratie, für die das Prinzip der Öffentlichkeit wesentlich ist, als Fortschritt angesehen werden kann. Sie verbinden sich aber zunehmend zu einem hybriden System, das nach selbstbezüglichen Logiken funktioniert und eigene soziale Schichten und Segmente herausbildet: **Politainment, Mediokratie und Medialisierung** sind Begriffe dafür!“ (Stücheli)

#### Auswirkungen

Der Umbruch der Medienwelt ist tief greifend und hat die Medienwelt verändert. Ihr Einfluss auf das politische Geschehen hat zugenommen. **Die Demokratie ist gefährdet:**

- die Konsensdemokratie durch Ästhetisierung, Fragmentierung und Personalisierung
- die Repräsentativdemokratie durch Medienkonzentration, Promikult, Lobbyismus und Skandalisierung

#### Voraussetzungen für eine positive Weiterentwicklung

Damit die Mediendemokratie im Zeitalter von Globalisierung, Digitalisierung und Liberalisierung gedeihen kann, sind verschiedene Voraussetzungen nötig:

- Bedingungsloses bürgerschaftliches Engagement in der Führung von Politik und Medien: Entscheidungsträger sollten **auch zuhörend diskutieren** können. Kommunikation darf nicht nur abgrenzen, sondern muss Veränderungskommunikation sein. Wenn dank den Medien echte Kommunikation möglich wird, ist ein wichtiges Ziel erreicht.
- **Transparente Verantwortlichkeit** im Management von Verwaltung, Verbänden, Parteien und Redaktionen: Profis sollten neben dem Sinn für Profit und Profilierung auch wissen, was gute Lösungen für die Allgemeinheit sind.
- Bemühung um **Medien- und Politikkompetenz** jedes Einzelnen im privaten und beruflichen Umfeld: Konsumenten müssen erkennen, dass nicht alles, was im sozialen Leben wichtig ist, gratis per Mausclick bezogen werden kann, und dass **Medienrealität nicht die ganze Realität ist!**

## Eine Analyse

*Gedanken von Roger de Weck, Generaldirektor der SRG/SSR/Idee Suisse, früher Journalist, Chefredaktor, Publizist, Autor und Dozent*

### über Politiker und Politikerinnen

Der Einsatz der Medien für Wahlen und Abstimmungen wächst Jahr für Jahr. Unsere **Demokratie** ist geradezu **ein Labor**, in dem ihre Wirkung getestet werden kann. Viel Medienpräsenz garantiert aber nicht automatisch politischen Erfolg. Nicht alle Politiker/innen, die häufig in den Medien sind, haben im Parlament Gewicht. Viele suchen zudem lieber den direkten Kontakt zu den Leuten – einige bringen es aber fertig, überall präsent zu sein!

### über das Internet

Das „interaktive Zeitalter“, das wir heute erleben, bringt eine grössere Umwälzung als die Erfindung des Buchdrucks durch Gutenberg! Das Internet verbindet Text mit Bild und Ton, es ist ein global gegenwärtiges „dreidimensionales“ Medium. Es ist aber auch der moderne Stammtisch, an dem Gerüchte verbreitet werden und es fördert die Gefahr des „Speditions-Journalismus“, das heisst, Informationen werden ohne Überprüfung weiter getragen.

Die SRG erhält immer mehr Kunden via Internet. Das bedingt sehr attraktive Webseiten, qualitativ hoch stehende Bloggs, und viel mehr originelle, schweizerische Produktionen nach dem Motto „**aus der Schweiz – für die Schweiz**“. Die SRG sollte die Möglichkeiten haben - und das ist ein politischer Entscheid - sich dort zu entwickeln, wo die Leute sind, also im Internet.

### über eine Gegenbewegung

Zu gleicher Zeit, in der sich die Globalisierung bis ins hinterste Bergtal auswirkt, provinzialisiert sich die Medienwelt (Lokalradios und lokale TV Sender, wachsende Regionalteile in der Tagespresse).

### über den Medieneinsatz

Ein Medium, das sich an breite Bevölkerungsschichten wenden soll, kann nicht nur gehobene Sendungen anbieten. Das gilt auch für die SRG! In einzelnen Gefässen, wie Radio DRS2, können die „Kerntugenden“ des Journalismus noch gepflegt werden, dank gesicherter Einnahmen aus den Gebühren.

### Dem Journalismus droht Gefahr

- durch Beschleunigung. Medienleute und Politiker/innen müssen sofort reagieren, sie haben kaum Zeit für den seriösen Weg, der da heisst: Informationen suchen, prüfen, überprüfen, einordnen, gewichten, erklären. **Guter Journalismus braucht Zeit, Kompetenzen und Geld.**
- durch das Bewirtschaften der Emotionen, das Schüren von Ängsten (z.B. vor allem Fremden)
- durch erschreckende Vereinfachungen. Die Verpackung ist oft wichtiger als der Inhalt, die Aufmachung übertönt die Botschaft.
- durch Boulevardisierung. Die Boulevardisierung der Politik geht einher mit derjenigen der Medien: ein Ereignis muss schwarz oder weiss sein, gut oder böse. Grautöne, die das Normale sind, gehen verloren. „Im Gleichklang versinkt ein Teil der Möglichkeiten von Medien und Politik“ (de Weck).

## Statements aus der Diskussion

### Die Rolle der Medien in der Demokratie (Stücheli)

In der Schweiz herrschen gute Verhältnisse: Es dominieren keine grossen Medienkonzerne, und es hat Platz für eine vielfältige Presselandschaft. Wichtig für die Demokratie sind eine offene Medienkritik und wenig Konzentration von Macht und Geld.

Das **Internet** ist etwas fundamental anderes als Presse, Radio und Fernsehen. Es ist interaktiv, steht jederzeit und an jedem Ort zur Verfügung. Die Demokratie lebt ja davon, dass sich die Leute selber aktiv beteiligen. Das Internet fördert die Debattierkultur (?) und gibt uns die Möglichkeit, jederzeit von Konsumation auf Produktion umzustellen. Facebook und Twitter können das Bedürfnis nach gutem Journalismus sogar fördern, wenn die Benutzer merken, wie schwierig es ist, Beiträge zu formulieren!

## Qualitätsjournalismus versus Jedermanns-Journalismus (de Weck)

Die Zweiteilung des Mediensystems in „guten“ und Boulevard-Journalismus ist gefährlich! Tatsache ist, dass dort, wo bezahlt wird, die Medien besser geworden sind, und dort, wo sie gratis sind, die Qualität schlechter geworden ist. Boulevardmedien spielen sich oft als Hüter der Moral auf, obwohl sie selber jenseits davon agieren.

Heute ist es eine Kunst, trotz der Medienvielfalt guten Journalismus zu machen. Die SRG versucht die Qualität zu halten und zu verbessern. Sie leistet sich z.B. ein Korrespondentennetz, wie es sonst nur noch beim ZDF und der BBC der Fall ist.

---

## 5. Profilierte Alte aus politischen Parteien und aktive Junge im Gespräch

Zum Abschluss der Veranstaltungsreihe bringen eine Politikerin und ein Politiker mit langjähriger Erfahrung auf allen Stufen der Parteiarbeit und der politischen Macht ihre Erfahrungen aus der Praxis ein. Das geschieht im **Dialog zwischen den Generationen**, im Gespräch mit Jugendlichen, die sich ausserhalb etablierter Parteien für gesellschaftliche Anliegen engagieren, die einen eigenen Weg suchen. Es gilt das Gemeinsame herauszufinden und ebenso die Vorurteile zu diskutieren, die über Politiker oder junge Einthemen-Leute kursieren.

### An der Diskussion nehmen teil

---

**Judith Stamm JS**, von 1983 bis 1999 für die CVP im Nationalrat und Präsidentin der „Kommission für Frauenfragen“.  
**Franz Steinegger FSt**, 1989 bis 2001 Präsident der FDP Schweiz, 23 Jahre im Nationalrat und Präsident der EXPO 02.  
**Nicole Cornu NC**, Politikwissenschaftlerin, Co-Präsidentin der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV.  
**Nicola Forster NF**, Master in Rechtswissenschaft, Präsident des Think-Tanks „foraus“, dem Forum für Aussenpolitik.  
**Katharina Morawietz KM**, Journalistin, engagiert sich bei Longo mai, einem Netzwerk landwirtschaftlicher Kooperativen.

**Roland Jeanneret, Moderator**, Journalist und Talkmaster, bekannt als „Stimme der Glückskette“, Dozent und Buchautor. Er stellte folgende Themen zur Diskussion:

#### 1 Ist Politik primär Parteipolitik und eine Sache für die ältere Generation? Engagieren sich Junge eher punktuell, während Ältere kontinuierlich mitarbeiten?

---

- NC** Ein Teil der Jugendlichen engagiert sich sehr, wie bei den Erwachsenen ist es aber eine Minderheit. Dass an Wahlen und Abstimmungen die jüngeren Jahrgänge weniger mitmachen, liegt auch in der Lebenssituation, andere Aufgaben und Interessen sind in diesem Alter wichtiger. Zudem sprechen die Abstimmungsunterlagen in ihrer Aufmachung und in „Altdeutsch“ Junge wenig an. Beispiele positiver Engagements sind Kinder- und Jugendparlamente, für die grosses Interesse herrscht.
- FSt** hat im Kanton Uri immer wieder Jugendliche erlebt, die sich sehr für Politik interessieren. Beteiligung ist keine Frage von alt oder jung, es ist der Begriff „Parteipolitik“, der negativ besetzt ist und abschreckt. Zudem nehmen die Einflüsse der Lobbyisten, die direkt ins politische Geschäft einwirken, der Medienabteilungen der Unternehmungen und der Medien ständig zu und überspielen so die Parteigremien.
- NF** *foraus* versucht mit selber verfassten, qualitativ hoch stehenden Unterlagen, die sie Politikern und Politikerinnen als „Hilfe“ zur Verfügung stellen, der Meinung der Jungen einen direkten Weg ins Parlament zu ebnen.
- JS** wird oft von Jugendlichen angefragt und interviewt (zu 40 Jahren Frauenstimmrecht z.B.). Sie staunt immer wieder, wie unbedarft diese daher kommen und fragt sich, wieso so wenig Interesse an politischen Fragen spürbar ist.
- KM** hält fest, dass für die Mitglieder bei Longo mai nicht die politische Mitsprache wichtig ist, sondern der Tatbeweis. Das heisst, sie stellen ihr Leben komplett um und suchen eine ganzheitliche Alternative.

#### 2 Engagiert man sich vermehrt nur dort, wo man direkt profitiert? Sind Junge unverbindlicher und egoistischer?

---

- NC** Ein Minus für die Parteien ist das zu breite Spektrum, das diese bearbeiten, daher der Zulauf zu den Polparteien. Man muss sich wie überall im Leben Gleichgesinnte suchen. Diese finden interessierte Jugendliche in zahlreichen Projekten, wie z.B. in der Jugendsession. Wichtig für Junge ist heute ein Engagement in Klima- und Umweltfragen.

- JS** bricht eine Lanze für junge Erwachsene mit kleinen Kindern. Wenn noch beide Eltern ausser Haus arbeiten, bleibt wirklich keine Zeit und kaum Energie für ein politisches Engagement. Und im Übrigen, so betont sie, seien viele NGO's wie Greenpeace, wo sich viele Junge engagieren, stärker besetzt als jedes Parteisekretariat.
- NF** fragt, ob nicht schon früher viele Jugendliche andere Interessen hatten als Politik. Sicher bringe das Handy mehr Unverbindlichkeit, zudem sind junge Erwachsene berufsbedingt mobiler und identifizieren sich kaum mehr mit ihrer Wohngemeinde.
- KM** wirft den Politikern und Politikerinnen vor, dass sie nur eine Steigerung des Wachstums anstreben und auf den Erhalt ihrer Pfründe aus sind. Sie sieht keine positive Entwicklung in der Welt, findet z.B. den Begriff des „grünen Kapitalismus“ schlimm. Sie fragt sich, was denn Parteipolitik dem Einzelnen nützt.

### **3 Haben die Parteien den Anschluss an die neue Zeit verpasst? Sind sie Zirkel für die Etablierten?**

---

- FSt** Die Breite, die eine Partei abdecken muss, ist nicht nur ein Problem für Junge, sondern ebenfalls für Interessengruppen. Es ist schwierig, den generellen Auftrag einer Partei zu kommunizieren. Sie darf sich aber nicht zu sehr beschränken, sonst wird sie zur Sekte.
- JS** Nimmt die Frage von KM auf: Es ist schwierig, den Jungen zu zeigen, was die (Partei-)Politik für einen direkten Bezug auf ihr Leben hat. Einfach war es mit der Vorlage zur Senkung des Mündigkeitsalters, wofür sie aber wenig Einsatz der Betroffenen erlebte. Eine der Folgen des Mündigkeitsalters 18 sei heute die zunehmende Verschuldung...
- NC** Sind die Parteien nicht selber schuld, dass sie den Anschluss verpasst haben? Es fehlt ihnen eine jugendgerechte Sprache, und es fehlen die Grundvoraussetzungen für eine politische Bildung (Lehrpläne). Cornu betont aber, dass es heute so viele Junge in den Parlamenten gebe wie noch nie!
- JS** fragt sich ob diese Zunahme eine politische Wirkung hat. Sie meint, dass Junge meistens eine eher enge und dezidierte Parteimeinung vertreten.
- Und** aus dem Publikum Maria Roth Bernasconi, SP Nationalrätin  
 Sie widerspricht JS: Die Zunahme der Jungen im eidgenössischen Parlament hat sie positiv erlebt, das brachte frischen Wind. Sie gratuliert allen jungen Müttern, die Kinder und politische Arbeit unter einen Hut bringen! Es müsse aber noch viel Vorarbeit in den Schulen geleistet, z.B. eine Diskussionskultur geübt und gefördert werden, Institutionenlehre genügt nicht. Parteiarbeit hat sie zudem als Möglichkeit der Integration erlebt.
- NF** Als Leiter der Kampagne der Jungen für die Personenfreizügigkeit hat er positiv erlebt, wie Parteien arbeiten. In der Folge ist er Parteimitglied geworden und so näher an der Quelle politischer Information. Sein Hauptinteresse gilt der aktiven Aussenpolitik, das sei ein Ressort, an dem viele Junge dank eines Auslandsaufenthaltes interessiert sind.

### **4 Sind demokratische Prozesse grundsätzlich jugendfeindlich, weil sie zu langsam ablaufen?**

---

- FSt** betont, dass es auch vielen etablierten Parteigängern zu langsam geht in der schweizerischen Politik. Als Gemeindepräsident habe er oft bewusst „blutjunge“ Mitglieder in Kommissionen und Projektgruppen geholt und in Kauf genommen, dass Entscheidungsprozesse so länger dauerten. Dafür seien diese Jugendlichen jahrzehntelang in der Gemeindepolitik tätig geblieben.
- NC** weist wieder auf jugendgerechte Projekte hin, wie z.B. die Stiftung Dialog, die u.a. Debattier-Wettkämpfe organisiert. Sie hält aber fest: Wer sich politisch engagieren will, muss frustrationsresistent sein!

### **5 Wie kann man politische Bildung und die Kommunikation zwischen den Generationen fördern?**

---

- NC** Zu diesen Fragen gibt es ihrer Meinung nach keine allgemeingültige Antwort. Sicher ist es wichtig, dass Politiker und Politikerinnen die neuen Medien einsetzen. Es gilt dort laut, frech und originell zu sein! Cornu ist erstaunt darüber, dass bereits viele National- und Ständeräte über Twitter erreichbar sind. Das Alter ist nicht das ausschlaggebende Kriterium für eine gute Kommunikation.
- KM** Zentral ist für sie der gegenseitige Respekt im Dialog zwischen den Generationen. Bei Longo mai erlebt sie ihn.
- JS** Der persönliche Kontakt ist wichtig und dass man die Betroffenheit der Jugendlichen erreicht, dass sie eine direkte Wirkung sehen oder gar erleben.
- FSt** Wichtiger ist es, WIE ich politische Bildung vermittele, als WAS. Die Lehrpläne an den Schulen bieten einen grossen Spielraum.